



EIMER

02 / 2005

Einmal im Monat ein Rundschreiben
vom Juso-Kreisverband Rhein-Neckar

Nun ist es soweit,

ab sofort gebürt mir die Ehre den Eimer herausgeben zu dürfen. Aber nicht nur der Herausgeber des Eimers hat sich geändert, sondern es wurde auch ein neuer Vorstand der Jusos Rhein Neckar gewählt. Wer nun im neuen Vorstand ist und wie es dazu kam, erfahrt ihr in meinem kleinen Artikel zur Jahreshauptversammlung der Jusos Rhein Neckar.

Nach dem Scheitern der Föderalismuskommission, diskutiert und analysiert der Juso Landesverband nach wie vor mögliche Veränderungen im Föderalismusystem. Vergangenen Monat wurde auf der PG Föderalismus in Offenburg über den wahren Knackpunkt des Scheiterns und zwar über den Bildungsföderalismus informiert und gesprochen. Roman Götzmann hat zu diesem sehr interessanten Thema einen ausführlichen Bericht geschrieben.

Nach Meinung des FDP Jünglings Daniel Bahr bekommen in Deutschland „die Falschen die Kinder“. Julia Achtstätter konnte diese falsche Aussage nicht stehen lassen und hat einen umfangreichen Kommentar dazu geschrieben.

Der Briefkastenonkel beschäftigt sich diesen Monat mit der Einführung von Gentests nach Volkes Wunsch.

Wie auch meine VorgängerInnen bin ich natürlich stets offen für neuen Ideen und vorallem für viele Artikel eurerseits.

In diesem Sinne viel Freude beim Lesen.

Euer
Carsten

Trauriges Verständnis vom Wert eines Kindes

Dass die FDP bisweilen wenig Fingerspitzengefühl und noch weniger gesellschaftspolitischen Verstand an den Tag legt ist ja nichts Neues. Was aber der Jungkarrierist Daniel Bahr, seines Zeichens Mitglied des Bundesvorstands der FDP zum Thema Familie von sich gegeben hat ist nicht nur aller unterste Schublade, sondern zeugt auch von einem sehr traurigen Verständnis von Familienpolitik, wie man es eigentlich schon seit Überwindung der Stände hinter sich gelassen hatte.

„In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder.“ Damit meint er die Geringverdiener und sozial Schwachen. Die Bevölkerungsgruppe, von der er sich mehr Kinder wünscht sind die Akademiker. Deshalb sollte der deutsche Staat weniger die sozial schwachen Familien unterstützen (damit die weniger Kinder bekommen!?!), sondern viel mehr die gut situierten Hochschulabsolventinnen. Denn seine eigenwillige Interpretation der PISA-Studie ist: Der Lernerfolg der Kinder hängt stark mit der Bildungssituation der Eltern zusammen. „Wenn Hochschulabsolventinnen künftig mehr Kinder bekämen stünde Deutschland auch besser bei PISA da.“ Es sei keine Lösung des demographischen Problems einfach die Geburtenrate zu erhöhen, nein, es muss schon von dem richtigen Personenkreis kommen.

Wo ich in der Analyse noch einigewenige Gemeinsamkeiten entdecken kann-deutsche Akademikerinnen bekommen zu wenig Kinder- sträuben sich mir bei seinen Konsequenzen die sozialdemokratischen Haare. Das Problem ist nicht, dass Geringverdiener zu viele Kinder bekommen, sondern, dass Kinder innerhalb des deutschen Sozialstaats nach wie vor ein Armutsrisiko sind und somit viele soziale und finanzielle Problemlagen schaffen. Was Bahr beim Thema PISA zur Grundlage seiner Argumentation macht, ist doch das eigentliche, durch PISA offenbarte Problem: Die Bildung hängt zu sehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Er führt Frankreich als ein Vorbild im Bereich Familienpolitik an, da dort mehr Frauen mit Hochschulabschluss Kinder bekämen. Wo er alleine den finanziellen Anreiz dabei entscheidend sieht, kann man der Geschichte der französischen Sozialpolitik viel mehr entnehmen, dass es die, schon für den frühkindlichen Bereich angebotene Betreuung der Kinder ist, die es auch arbeitenden Frauen ermöglicht, Kinder zu bekommen.

Neben den zahlreichen, völlig falschen Ursache-Wirkungs-Ketten, mit der Bahr seine Aussage untermauert, spiegelt er ein Gesellschaftsverständnis wider, in dem Kinder aus bestimmten Elternhäusern wertvoller sind, als aus anderen. Wollen wir die Gräben, die es bereits zwischen kinderreichen, schlecht verdienenden Familien und gut verdienenden Kinderlosen gibt, überwinden, sind solche Äußerungen sehr kontraproduktiv und tragen nur noch stärker zu einer Spaltung unserer Gesellschaft bei.

Julia Achtstätter

Eimer 2 / 2005

JHV - Neuer Vorstand wurde gewählt

Wie jedes Jahr fand auch dieses Jahr wieder die Jahreshauptversammlung der Jusos statt. Nachdem die größte Hürde des Abends und zwar die Suche nach der Astoria Gaststätte unter den anderen vier Astoria Gaststätten bewältigt wurde, fing die Sitzung unter der Leitung unseres Stellv. Landesvorsitzenden Roman Götzmann (KV Ka Land) an.

Bevor es zu den Vorstandswahlen kam, trug die Kreisverbandsvorsitzende Julia Achtstätter (Untere Hardt) und ihr Kassierer Markus Rathmann (Edingen-Neckarhausen) ihren Rechenschaftsbericht vor.

Wie bereits im Vorfeld dieser Veranstaltung feststand, stellte sich nur der geschäftsführende Vorstand des bisherigen Vorstands wieder zur Wahl auf.

Die „Oma“ des Kreisverbandes Isabelle Kullen (MoveYa), sowie Miriam Roth (MoveYa), die schon seit ihrem sechzehnten Lebensjahr beim Juso Kreisverband Mitglied ist, und die beiden Neulinge Thomas Winkler (Untere Hardt) und Lisa Schaub (Nußloch) wurden feierlich mit einem kleinen Präsent verabschiedet.

Anschließend wurde der neue Vorstand gewählt. Julia Achtstätter ist die alte neue Vorsitzende des Kreisverbandes. Ebenfalls wurde ihr alter Stellvertreter Christian Stiebahl (Weinheim) wiedergewählt. Auch Markus Rathmann wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt.

Neu im Vorstand sind als Beisitzer Carsten Kropp (Untere Hardt), Sebastian Schuhmacher (Ladenburg), Dominique Odar (Mühlhausen) und Oriana Uhl (Schriesheim).

Anschließend wurde der Antrag von Christian Stiebahl zur

Streichung der Eigenheimzulage einstimmig beschlossen. Das Geld das dadurch frei wird, immerhin 6 Mrd Euro, soll in Bildung investiert werden.

Nachdem gemeinsamen Singen der „Internationale“ wurde die Versammlung beendet und man traf sich noch zu einem oder mehreren Bieren in Walldorfs Innenstadt.

Carsten Kropp

Länder versus Bund Wer hat das Sagen in der Bildung?

Viel war Ende Dezember vom politischen Super-GAU die Rede. Die „Mutter aller Reformen“ war nicht zustande gekommen und das ineinander verkeilte deutsche Staatswesen hatte sein Versagen unter Beweis gestellt. Und schnell war auch der Knackpunkt ausgemacht an dem die „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ (etwas handlicher „Föderalismuskommission“) gescheitert sein soll.

Das Megathema für die Zukunftsfähigkeit Deutschland, der Bildungs- und Hochschulbereich, war nicht im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern bzw. einigen Ländervertretern zu lösen. Insbesondere die Herren Wulff und Koch waren nicht bereit, von ihrer Maximalforderung nach einem Bildungsmonopol für die Länder abzubringen. Dieser Artikel soll sich aber weniger der Vergangenheitsbewältigung, als vielmehr dem Blick nach vorne widmen. Eine Reform des unbefriedigenden Ist-Zustandes ist immer noch bitter notwendig.

JHV-Info-Box

Auf der Jahreshauptversammlung unseres Kreisverbandes standen wieder zahlreiche Entscheidungen an: so wurde ein neuer Vorstand gewählt. Im folgenden ein kurzer Überblick über

Eure (teilweise neuen) Ansprechpartner im Kreisvorstand:

Sprecherin:	Julia Achtstätter, AG Untere Hardt, julia.achtstaetter@t-online.de
Stellv. Sprecher:	Christian Stiebahl, AG Weinheim, christian.stiebahl@web.de
Kassierer:	Markus Rathmann, AG Edingen-N'hausen, markus.rathmann@t-online.de
Beisitzer/Innen:	Carsten Kropp, AG "Untere Hardt", jusos@carsten-kropp.de Sebastian Schuhmacher, AG Ladenburg, seb-schuhmacher@t-online.de Dominique Odar, AG Leimen Nussloch, odardominique@yahoo.de Oriana Uhl, AG Schriesheim, ori.uhl@web.de

Der Kreisvorstand hat beschlossen, das bestehende System der regionalen AG-Betreuung wie gehabt beizubehalten. Weiterhin wird dieses System durch die AG Sprechersitzungen ergänzt werden. Die Ansprechpartner ändern sich teilweise durch die Neuwahlen.

Für den Bereich Nord (AGen Edingen-Neckarhausen, Heddesheim, Ilvesheim, Ladenburg, Schriesheim und Weinheim) werden Oriana und Sebastian verantwortlich sein.

Die Betreuung im Bereich Mitte (AGen Leimen-Nussloch, Move-Ya, Untere Hardt und Sandhausen-Walldorf) übernehmen Carsten und Christian.

Den südlichen Bereich (Eberbach, Neckargemünd, Sinsheim und Wiesloch) werden Markus und Dominique abdecken.

Eimer 2 / 2005

Vorausgeschickt werden soll an dieser Stelle, dass die generelle Zuständigkeit der Länder für Bildungsfragen durchaus erhalten bleiben soll. Allerdings gilt es die Frage zu stellen, an welchen Stellen sinnvollerweise der Bund besser geeignet ist, Regelungen auch in diesem Bereich zu treffen. Hier wären an erster Stelle die Festsetzung nationaler Bildungsstandards sowie die Vergleichbarkeit der Abschlüsse im gesamten Bundesgebiet zu nennen. Insbesondere bei der Festlegung der Standards erscheint es zweckmäßiger, diese vom Bund festlegen zu lassen, als sie in einem Staatsvertrag zwischen den Ländern zu zementieren, da dieser dann nur einstimmig geändert werden könnte.

Ein Aspekt der immer wieder in der öffentlichen Debatte vernachlässigt wird, ist die berufliche Bildung. Hier legt bisher schon der Bund im Bundesausbildungsgesetz die Berufsbilder für das duale Ausbildungssystem fest. Dankenswerterweise sind Vorschläge, wonach auch dieser Bereich besser von den Ländern geregelt würde, längst vom Tisch, da sowohl die Arbeitgeber wie die Gewerkschaften dagegen Sturm gelaufen sind. Es wäre auch nur schwer vermittelbar, warum ein Friseur aus Brandenburg ein anderes Berufsbild sein soll als in Bayern.

Über diese deutschlandinternen Aspekte hinaus muss auf internationaler Ebene und in der EU zukünftig Deutschland mit einer Stimme sprechen können. Die zeitraubende Koordination von 16 Bundesländer bringt Deutschland um eine aktive Rolle in Organisationen wie der OECD und führt immer wieder zur Stimmenthaltung (EU-Jargon: „german vote“). Hier sollte sich der Bund zwar über Institutionen wie die Bund-Länder-Kommission mit den Ländern abstimmen, aber zum Schluss muss Deutschland mit einer Stimme sprechen können.

Eine ähnliche Situation finden wir im Bereich der

Hochschulen. Auch hier sollte der Bund zumindest die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sowie die Zugangsbedingungen bundeseinheitlich regeln. Es ist schon heute eigentlich nicht hinnehmbar, dass in der EU eine Krankenschwester leichter von Irland nach Holland wechseln kann, als ein NRW-Lehramtsanwärter nach Bayern.

Was sich übergreifend für den Bildungs- und Hochschulbereich feststellen lässt, ist die Tatsache, dass die wesentlichen Neuerungen der letzten Jahre nicht von den Ländern gekommen sind. Erinnert sei an dieser Stelle an das Ganztageseschulprogramm, das SINUS-Programm zur Verbesserung des Mathematikunterrichts sowie die Spitzenuniversitäten (wie immer man dazu stehen mag). Neben diesen vom Bund angestoßenen Aktivitäten ist auf europäischer Ebene auch der Bologna-Prozess für die Hochschulen (Umstellung auf Master und Bachelor) zu nennen. Keine dieser Innovationen hat sich aus dem Wettbewerb der deutschen Bildungs- und Hochschulsysteme ergeben, sondern kam von im Wesentlichen von außen.

Um den Status Quo weiter zu verbessern, sollen zwar die meisten Kompetenzen bei den Ländern verbleiben, aber dem Bund mehr Eingriffsmöglichkeiten geboten werden. Zukünftig sollte der Bund mit den autonomen Hochschulen in direkten finanziellen Kontakt treten können. Der bisherige Weg, dass der Bund das Geld den Ländern gibt und diese dann hoffentlich das Richtige damit tun, hat sich in der Realität nicht bewährt.

An dieser Stelle möchte ich noch auf einen Vorschlag eingehen, der in der Föderalismusdebatte an diesem Punkt immer wieder aufkam. Der Bund sollte nur noch für den Forschungsbereich und die Länder im Gegenzug alleine für

Termine

Montag, 31. 1., 19.30 Uhr	Modernisierung des Sozialstaats mit EU-Kommissar für Chancengleichheit Vladimir Spidla, Neckargemünd (Rathaus)
Dienstag, 1. 2., 20 Uhr	Kreisvorstandssitzung, Ehemalige Synagoge Sandhausen
Freitag, 11. 2., 20 Uhr	Regio-Treffen der Jusos Mannheim, Heidelberg und Rhein-Neckar; Juso-Keller in Mannheim
Samstag, 19. 2., 10 Uhr	SPD-Kreisparteitag mit Vorstandswahlen; Dossenheim (Mühlbachhalle)
Donnerstag, 24. 2., 20 Uhr	Stammtisch in Heidelberg, "Vater Rhein"
Mittwoch, 2. 3., 19 Uhr	Soziale Gerechtigkeit heute mit Sigmar Gabriel; Schwetzingen (Schlossplatz, Palais Hirsch)
Dienstag 8. 3., 19.30 Uhr	Soziale Gerechtigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht mit Dr. Wolfgang Schroeder; Schwetzingen (Weldestammhaus)
Samstag 12. 3., 10 Uhr	SPD - Landesparteitag; Karlsruhe (Stadthalle)
Wochenende 29. 4 - 1. 5.	Frühjahrsseminar Jusos Rhein-Neckar und Heidelberg, Thema: Außenpolitik; Epfenbach (AWO Haus)

Alle Termine auch unter www.jusos-rhein-neckar.de

Nähere Infos? Einfach mail an eimer@jusos-rhein-neckar.de

Eimer 2 / 2005

die Hochschulen zuständig sein. Unklar bleibt mir bis heute, wie man dann mit der universitären Forschung umgehen soll. Eine Trennung der beiden Bereiche erscheint weder praktikabel noch sinnvoll und birgt die enorme Gefahr, dass an dieser Stelle wiederum ineffiziente Doppelstrukturen entstehen könnten.

Unter dem Strich ist für ein leistungsfähigeres Bildungs- und Hochschulsystem eine breitere Beteiligung des Bundes notwendig, um Deutschland im internationalen Wettbewerb voran zu bringen. Da aber die Länder einer solchen Neuverteilung zustimmen müssen, sind gewisse Kompensationen wie die Rückübertragung des Hochschulbaus in ausschließliche Länderkompetenz unumgänglich.

Daher wäre es für die weitere Debatte um den deutschen Föderalismus dringend geboten, wenn insbesondere die unionsregierten Länder von ihren Extrem-Positionen herunterkommen würden. Unsere Zukunft duldet keinen Aufschub mehr!

Roman Götzmann

KV KA-Land, stv. Juso-Landesvorsitzender

Der Briefkastenonkel - Daniels Mitmachkolumne

Tests & Analysen

Mosis Mörder ist gefasst und die DNA-Analyse hats möglich gemacht. Also finden wir DNA-Analyse jetzt total toll. Die Polizei soll nur noch mit DNA-Analysen ermitteln. Zechpreller, Fahrraddiebe, Schwarzfahrer: DNA-Analyse. Kinderschänder, Terroristen usw. sowieso. Dabei haben wir noch Glück gehabt. Wäre Mosis Mörder durch Folter eines Ganoven-Kollegen gefasst worden – jeder würden jetzt jeden foltern wollen. Da kann man sich ja fast nicht beklagen. Jetzt ist die DNA-Analyse aber auch nicht gerade was Neues. Wer letzten Sonntag zufällig einen alten Tatort aus dem Jahre 2000 geschaut hat, war ganz überrascht. Permanent DNA-Analysen. Ständig war irgendein Cop mit einer Haarbürste oder Vergleichbarem unterwegs. Und das fordern jetzt 5 Jahre später Volk & Spitzenpolitiker aller Parteien unisono? Vielleicht sollte man doch auf die Bedenkenträger von Grünen & FDP hören, die zwar zum Teil einfach billig einen auf Bürgerrechtler & Rechtsstaatler machen anstatt aufzuklären. Aber wer kanns ihnen schon verdenken, dass sie versuchen, das Thema auf ihre Art zu nutzen, wie die großen bzw. konservativen Parteien ihrerseits? Die Argumente sind alle hinlänglich bekannt und so recht hängt es von ihnen ja letztlich auch nicht ab, was passiert. Entscheidender ist doch, wonach das Volk grade ruft und das soll es dann eben bekommen. Schließlich ist man dem Wähler einiges schuldig, nachdem man ihm jetzt jahrelang zu seinem besten -aber ohne sein Einverständnis- Reformen zugemutet hat. Jetzt dürfen endlich wieder wir alle entscheiden. Und wenn eben grade Morde angesagt sind, dann eben, wie die aufgeklärt werden sollen. Im Übrigen klappt bei DNA-Analysen ganz ideal, was bei den meisten Reformen nicht recht gelingen wollte: man kann jedem sagen, dass es nur die anderen betrifft, denn schließlich haben ja nur die Bösen was zu

befürchten und die melden sich ja nicht öffentlich zu Wort. So wird also niemand von sich eine DNA-Probe nehmen lassen müssen, der darüber bestimmt, weshalb wir uns leicht darauf einigen können, dass von den anderen (in diesem Fall den Bösen) ruhig großzügig welche genommen werden sollen, denn wer wiederum traute sich schon, die Rechte der Bösewichte noch zu verteidigen? Opferschutz vor Täterschutz ist der Slogan, den man da immer hört – da fällt einem doch gleich Guantanamo ein, da werden schließlich auch nur Täter nicht geschützt... Aber nicht gleich wieder vom „Vorzimmer der Tyrannei“ anfangen, sich über die Amis ärgern ist auch keine Lösung.

In oben erwähntem Tatort ging es übrigens ganz nebenbei auch noch um Vaterschaftstests ohne Einverständnis bzw. überhaupt Kenntnis der Mutter. Schön zu beobachten war da, wozu das so führen kann. Konstruiert & nur im Film, zugegeben. Aber auch da bezweifle ich, dass die 96% der Bevölkerung, die angeblich der Meinung sind, man solle doch die armen Männer nicht im Ungewissen lassen, sich sehr genau überlegt haben, was das alles bedeutet.

Tja, so werden wir noch häufig die Warnung vor politischen Schnellschüssen hören und dennoch Diskussionen beobachten, die genau das befördern und fordern (klingt nach Agenda 2010, ist aber Zufall ☹). Achten wir also weiterhin darauf, dass wir uns vor allzu schnellen Urteilen in Acht nehmen und streiten fröhlich darum, wies am besten ist. Wie man es nun mit den DNA-Analysen und den Vaterschaftstests so zu halten ist, weiß ich natürlich auch nicht. Aber ich stell hier ja auch nur die Fragen. Ihr, die Ihr Euch aber schon eine Meinung gebildet habt, solltet sie nicht als Geheimnis hüten, sondern sie rausposaunen, auf dass sie im Wettstreit der Meinungen bestehen oder sich ändern möge.

Die einfachste (und eine der besten zugleich) Möglichkeit dazu ist der Juso-Stammtisch im Vater Rhein, gerne kümmere aber auch ich mich um eine angemessene Beschäftigung Eurer Meinungen, wenn Ihr sie mir unter folgender Adresse zukommen lasst:

Bis zum nächsten mal,
Euer BKO

Herrn BKO Daniel Hamers
Marie-Curie-Weg 1, 69181 Leimen
Tel.: 06224-950955/ 0177-8882039
Mail: daniel.hamers@spd-online.de
www.jusosrheinneckar.de (BKO)

Herausgeber:
Juso-Kreisvorstand Rhein-Neckar
c/o Carsten Kropp
Holzbauerstr. 35
68723 Schwetzingen

e-mail: eimer@jusos-rhein-neckar.de
Internet: www.jusos-rhein-neckar.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin / des Verfassers wieder.